

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Anzeigen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Insertionsgebühren: für die einseitige Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Anzeigen 10 Pfennige. Anträge für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Nr. 58.

Mittwoch, den 8. April 1903.

14 Jahrgang.

Sozialdemokratie und alte Soldaten.

„An die Gewehre!“ Unter dieser Epigramme hat vor einigen Wochen die „Parole“, Organ der Militär- und Soldatenvereine, ihren üblichen Barock gegen die Sozialdemokratie erlassen. Vor jeder Wahl läßt die „Parole“ die Lösung an die Mitglieder der Militär- und Soldatenvereine ergehen, gegen die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. In Flugblättern der Kriegervereine geschieht dasselbe. Dieselben suchen die Sache so darzustellen, als ob die Mitglieder dieser Vereine mit ihrer Abstimmung für sozialdemokratische Kandidaten gegen militärische Pflichten sich verfehlten. Natürlich ist das allsinnig.

Wenn der Soldat die Kaserne verlassen hat, ist er unabhängig von den militärischen Vorgesetzten und hat keinerlei militärische Pflichten. Niemand ist berechtigt, den Mitgliedern der Militärvereine irgendwelche Vorschriften in Bezug auf die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, besonders des Wahlrechtes zu machen, oder sie einer Kontrolle zu unterstellen. Wenn Vorstände von Militär- oder Veteranenvereinen in Vereinsversammlungen oder sonstiger Gelegenheiten die Mitglieder in irgend einer Form für die Wahl bestimmter Kandidaten zu beeinflussen suchen, so ist das ein Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte, den jedes Mitglied der Vereine mit Zug und Recht zurückweisen kann. Je energischer das geschieht, um so wirksamer für die Herren Vorstände, die sich gewöhnlich in der Rolle von „Staatszweiflern“ gefallen.

Das vorausgeschickt, wollen wir einmal untersuchen, ob Reservisten, Landwehrlente, Militär-Invaliden ein Interesse haben, die Sozialdemokraten zu bekämpfen, ob es nicht vielmehr im Interesse dieser zur größten Teil der Arbeiterklasse angehörenden Leute gelegen wäre, recht viele Sozialdemokraten in den Reichstag zu wählen.

Die sozialdemokratische Partei bekämpft den Militarismus als eine vorzugsweise im Dienste der besitzenden Klassen stehende Institution der bürgerlichen Gesellschaft, dessen Vorkurs in der Hauptsache von der Arbeiterklasse getragen werden muß.

Die Sozialdemokratie will das Vaterland nicht wehrlos machen, ganz im Gegenteil; an Stelle des stehenden Heeres soll die allgemeine Volkswehr treten; jeder gesunde Mann soll verpflichtet sein, wenn das Vaterland angegriffen wird, den heimischen Herd zu verteidigen. Damit wäre keine Schwächung, sondern eine Stärkung der Wehrkraft verbunden. Allerdings würde eine Volkswehr sich nicht ohne weiteres zu dynastischen Zwecken dienenden Angriffskriegen gebrauchen lassen, nicht ohne weiteres auf Vater und Mutter schießen.

Das ist, in aller Kürze darzulegen, der prinzipielle Standpunkt der Sozialdemokratie. Trotz dieses Gegenplatzes zum Militarismus ist die sozialdemokratische Partei stets, bei jeder Gelegenheit, besonders in den Parlamenten, für die Soldaten, Reservisten und Landwehrlente, für die Militär-Invaliden und deren Hinterbliebenen eingetreten.

Wenn Soldatenmishandlungen nicht mehr so häufig vorkommen als in früheren Zeiten, wenn auf Leben und Gesundheit der Soldaten in der Kaserne, beim Dienst, mehr als früher Rücksicht genommen wird, wenn sich die Truppenverpflegung gebessert hat, wenn die Familien der Reservisten und Landwehrlente, die zu Übungen eingezogen werden, unterstützt werden, wenn von Jahr zu Jahr höhere Summen für Unterstützung erwerbsunfähiger Militär-Invaliden bewilligt wurden, so ist das fast ausschließlich oder zum größten Teil auf das Drängen, auf Anregungen und Anträge der Sozialdemokraten im Reichstage zurückzuführen. Sie haben sozialdemokratische Abgeordnete sich gegen die Besserstellung der Soldaten, der Veteranen, der Militär-In-

validen ausgesprochen. Häufig aber haben sich die bürgerlichen Parteien und besonders die Regierung gegen höhere Ausgaben dieser Art gemehrt.

Seit langer Zeit führt die sozialdemokratische Presse einen systematischen Kampf gegen die Soldatenmishandlungen in den Kasernen. Dugend von Redakteuren der sozialdemokratischen Presse mußten ins Gefängnis wandern oder wurden mit hohen Geldstrafen belegt, wenn, in Folge der Zurückhaltung eingeschüchterter Zeugen, bei militärischen Prozessen nicht das Tüpfelchen über dem *i* bewiesen werden konnte.

Im deutschen Reichstage eröffnete Abgeordneter **Behel** durch eine Rede am 13. März 1891 den Kampf gegen die Soldatenmishandlung, mit der unmittelbar praktischen Folge, daß verschiedene Militärerkasse gegen die Mishandlungen von Soldaten erschienen. So der Erlass des kaiserlichen Prinzen und Generals **Georg** am 30. Januar 1892 und **Camille** anderer Befehlshaber der Armee. Seitdem hat sich die sozialdemokratische Kritik mit noch größerem Nachdruck und unausgesetzt gegen diese dunkelste Seite des Militarismus gewendet. Was haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten gegen diese Mishandlungen getan? Sie haben versucht, die Beschwerden der Sozialdemokraten abzuschwächen, die Militärverwaltung in Schutz zu nehmen. Und die bürgerliche Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, schwört die Soldatenmishandlungen tet.

Wie ist es mit der Schadloshaltung der Opfer des Militarismus? Vom Beginn des deutschen Reiches bis auf den heutigen Tag war es vornehmlich die Sozialdemokratie, die sich diese Angelegenheit hat. Der sozialdemokratische Abgeordnete **Hase** im Jahre 1871, als man den deutschen Heerführern 12 Millionen Mark Dotation aus der Kriegsentwädigung der Franzosen bewilligte, auch an die Reservisten und Landwehrlente, die den Feldzug mitgemacht haben, erinnerte. So daß der Reichstag nicht umhin konnte, die gleiche Summe zur Beihilfe für Reservisten und Landwehrlente zu genehmigen.

Die Verträge der erwerbsunfähigen Militärinvaliden, die keinen Rechtsanspruch an den Reichsinvalidenfonds haben, wurden bei jeder Beratung des Militäretats von den sozialdemokratischen Rednern zur Sprache gebracht. Aber erst zu dem Budget 1894/95 legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, der jährlich 1,800,000 Mark für Unterstützung „dauernd gänzlich erwerbsunfähiger“ Kriegsteilnehmer, die sich „in unterstützungsbedürftiger Lage“ befinden, verlangte. Es waren Jahresbeiträge von 120 Mark befürwortet.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, die Beihilfe auf 300 Mark zu erhöhen und verschiedene Einschränkungen für den Bezug (andere Pensionen, Zuwendungen usw.) fallen zu lassen. Der sozialdemokratische Antrag wurde von der Mehrheit des Reichstags und der Regierung abgelehnt. Aber selbst die Unterstützung von 120 Mark wurde nicht allen Hilfsbedürftigen zu teil; im Jahre 1896 lagen 23,094 Unterstützungsanträge vor, die wegen Mangel an Mitteln nicht berücksichtigt werden konnten. Jahr für Jahr mußte die Regierung gedrängt werden, höhere Summen für Unterstützung erwerbsunfähiger Militärinvaliden in den Etat einzusetzen. Alle dahingehenden Anträge und Anregungen wurden von den sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützt, die Regierung sträubte sich immer dagegen.

In den letzten Jahren hat der konservative Abgeordnete **Nißler** wiederholt beantragt, allen unterstützungsbedürftigen Kriegsinvaliden die fällige Unterstützung von 120 Mark zu teil werden zu lassen. Der Freunde des Antrages wurden immer weniger. Bei seinem letzten Versuch ließen **Nißler**

sogar die Konservativen im Stich, während die National-liberalen von „Anmaßung und Begehrlichkeit“ der Kriegsinvaliden redeten. Die Sozialdemokraten aber stimmten geschlossen für den Antrag **Nißler**.

Für die Unterstützung der Familien der zu Übungen eingezogenen Mannschaften war die Sozialdemokratie das treibende Element. Bei der Budgetberatung 1885/86 stellte der sozialdemokratische Abgeordnete **Garra** den Antrag:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Unterstützung der Familien der zu Übungen einberufenen Reservisten und Landwehrlente regelt.

Der Reichstag genehmigte diesen Antrag. Aber erst 1890/91 kam die Regierung dem Wunsche nach. Im Gesetzentwurf der Regierung war für die Frau des Einberufenen eine Unterstützung von 20 Pf. in den Wintermonaten 30 Pf. pro Tag und für jede weitere unterstützungsberechtigte Person 10 Pf. pro Tag angesetzt. Die sozialdemokratischen Mitglieder beantragten in der Kommission, daß für die Unterhaltungen der ortsübliche Tagelohn maßgebend sein soll. Kommission und Plenum des Reichstages stimmten dem sozialdemokratischen Antrage zu, infolgedessen erhält jetzt die Frau des Einberufenen für sich 30 Prozent und für jedes Kind 10 Prozent, bis zu 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes, für die ganze Dauer der Übung.

Besonders brünstig erziehen die Neuregelung der Bezüge der eigentlichen Militärinvaliden, der hinterlassenen Witwen und Waisen, da alle diese Pensionen und Unterstützungen aufgrund der Lebensverhältnisse von 1870/71 bemessen sind, während zur Zeit die Preise der Lebensmittel, der Wohnungsmieten, der ganzen Lebenshaltung viel höher sind als vor mehr als 30 Jahren. Die Sozialdemokratie stimmte allen dahingehenden Anträgen zu. Der sozialdemokratische Fraktionsredner, Abgeordneter **Singer**, führte am 16. April 1901 aus:

Ich brauche nicht noch einmal besonders zu betonen, daß wir auf diesem Gebiete mit den übrigen Parteien vollständig Hand in Hand gehen. Das Bedauern, die ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt haben, wenn sie infolge dieser Kriege erwerbsunfähig werden, gebührend besorgt werden, darüber herrscht volle Einigkeit in allen politischen Parteien, und es würde nach meiner Meinung höchst überflüssig sein, wenn ich für meine Partei diese Notwendigkeit noch besonders betonen würde.

Dies gegenüber den Anrufen der Kriegervereine, welche den Mitgliedern empfehlen, bei den Reichstagswahlen keinen Sozialdemokraten zu wählen.

Wenn es diesem Blatte darum zu tun wäre, die Interessen der Soldaten, Reservisten und Landwehrlente, der Veteranen und erwerbsunfähigen Kriegsteilnehmer sowie der Hinterbliebenen verstorbenen Feldzugsteilnehmer wahrzunehmen, dann müßte das Organ der Militärvereine wünschen, daß recht viele Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt werden.

Wir sind nicht beunruhigt über den Erfolg, den die Militärvereinsflugblätter bei den Wahlen erzielen wird. Die Mitglieder der Veteranen- und Militärvereine sind zu neun Zehntel Arbeiter, deren wirtschaftliche Interessen nur von den Sozialdemokraten vertreten werden. Schon an diesem Umstand wird die Hege gegen die Sozialdemokratie scheinbar.

Aber feststellen wollen wir doch einmal, daß auch die übrigen Interessen der Soldaten und Invaliden am wirksamsten von der Sozialdemokratie zur Geltung gebracht werden.

Die Beteiligten mögen daraus die Konsequenzen ziehen.

Politische Uebersicht.

Wilhelm II. und Bürgermeister Jensen. Ueber die Begegnung, die der deutsche Kaiser in Kopenhagen mit seinem hervorragenden Führer der Sozialdemokratie hatte, bringt das liberale Blatt „Politiken“ folgende Mitteilung:

Die Kronprinzessin war unermüdet, diejenigen zu finden, die sich nicht selbst in den Vordergrund drängen. Allgemein Aufsehen erweckte es, als sie mit dem Bürgermeister Jensen zum Kaiser kam und ihn hat, den neuen Bürgermeister zu begrüßen. Der Kaiser begrüßte Jensen und sprach lange und freundlich mit ihm über das neue Rathaus und dessen Architektur.

Es sind also nicht politische Fragen gesehen, über die die beiden unterhielten; jedenfalls hätte unser Parteistimme dem Kaiser nicht minder gute Auskunft über die denartigen politischen Verhältnisse Dänemarks geben können.

Das sozialdemokratische Organ der dänischen Hauptstadt erlitt zu dem Vorgang:

Das muß eine ganz eigentümliche Zusammenkunft gewesen sein zwischen dem Monarchen, der sich sogar geweiht hat, die eines liberalen Bürgermeisters für Berlin zu befehlen,

und dem dänischen Sozialdemokraten, dem Unbetitelten und Unbefreierten, der seine verantwortungsvolle und einflußreiche Stellung lediglich dem Vertrauen der Bevölkerung der Stadt verdankt. Der deutsche Kaiser hat die schönsten Worte gegen die Sozialdemokraten gesprochen. Nun stand er Augenblick zu Augenblick einem sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber, der mehr als ein Mal an den Kongressen der deutschen Arbeiter übernommen hat und fortgesetzt als Sozialdemokrat für den Fortschritt und Segen des internationalen Sozialismus wirkt, trotz aller Monarchen. Welche persönliche Gefühle die beiden Männer gegen einander hegen, hat indes nichts zu tun mit der gegenseitigen Präsentation bei dieser Gelegenheit. Wilhelm II. ist hier als Ober des Deutschen Reiches, J. Jensen war eingeladen als Repräsentant der dänischen Hauptstadt, die ebenso wie unser ganzes Land auf das höchste interessiert ist an einem befähigt sich verbessernden Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark. Als dänische Staatsbürger und als Antimilitaristen freuen wir uns darüber, daß des deutschen Kaisers Besuch in Kopenhagen diesmal — im Gegensatz zu seinem letzten Besuch im Jahre 1889 — ohne irgendwelche unbedeutende Demonstration verlaufen ist. Dazu hat der Geist, den die Sozialdemokratie in der Kopenhagener Bevölkerung verbreitet hat, ungewisselhaft beigetragen, und wir wissen, daß das seitens der verantwortlichen Kreise in Kopenhagen und Staat verstanden wird.

Die Art, in der sich „Sozialdemokraten“ über den Besuch des deutschen Kaisers ausspricht, erklärt sich aus den besonderen, von den deutschen abweichenden Zuständen in Dänemark. Unter den dänischen Verhältnissen bedeutet die Fürsorge für den ruhigen Verlauf des Kaiserbesuches ein Eingegetreten gegen den Chauvinismus und den Militarismus. Auch ist wohl zu verstehen, daß die Sozialdemokratie in monarchischen Dingen eine sehr ruhige Sprache führt, wenn die Monarchie ihres Landes sich der freien und friedlichen Entfaltung der Arbeiterbewegung nicht irgendwie in den Weg wirft.

Die Nationalliberalen in eigener Belandung. Im 10. sächsischen Kreise **Döbeln-Rothwein** ist bekanntlich das Kartell aller antizionalistischen Parteien nicht zustande gekommen; es wird in antisemitisch konservativ-blinderischer Kandidatur in nationalliberaler aufgeführt. In dieser Angelegenheit verstand des national-

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Mittwochs außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Gröbenstr. 5/8, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Bode 20 Pf. Postgebühren Nr. 8170.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Inserionsgebühren beträgt für die einpallige Beilage oder deren Raum 30 Pfennige, für dreipallige und vierpallige 40 Pfennige, für fünfpallige 50 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Mittwoch 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 58.

Mittwoch, den 8. April 1903.

14 Jahrgang.

Sozialdemokratie und alte Soldaten.

„An die Gewehre!“ Unter dieser Epithete hat vor einigen Wochen die „Parole“, Organ der Militär- und Soldatenvereine, ihren Ruf gegen die Sozialdemokratie erlassen. Vor jeder Wahl läßt die „Parole“ die Mitglieder der Militär- und Soldatenvereine ergehen, gegen die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. In Flugblättern der Kriegervereine geschieht dasselbe. Dieselben suchen die Sache so darzustellen, als ob die Mitglieder dieser Vereine mit ihrer Zustimmung für sozialdemokratische Kandidaten gegen militärische Pflichten sich verhielten. Natürlich ist das Unsinn.

Wenn der Soldat die Kaserne verlassen hat, ist er unabhängig von den militärischen Vorgesetzten und hat keinerlei militärische Pflichten. Niemand ist berechtigt, den Mitgliedern der Militärvereine irgendwelche Vorschriften in Bezug auf die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, besonders des Wahlrechtes zu machen, oder sie einer Kontrolle zu unterstellen. Wenn Vorstände von Militär- oder Veteranenvereinen in Vereinsversammlungen oder bei sonstiger Gelegenheit die Mitglieder in irgend einer Form für die Wahl bestimmter Kandidaten zu beeinflussen suchen, so ist das ein Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte, den jedes Mitglied der Vereine mit Fug und Recht zurückweisen kann. Je energischer das geschieht, um so wirksamer für die Herren Vorstände, die sich gewöhnlich in der Rolle von „Staatsrettern“ gefallen.

Das vorausgeschickt, wollen wir einmal untersuchen, ob Reservisten, Landwehrlente, Militär-Invaliden ein Interesse haben, die Sozialdemokraten zu bekämpfen, ob es nicht vielmehr im Interesse dieser zum größten Teil der Arbeiterklasse angehörenden Leute gelegen wäre, recht viele Sozialdemokraten in den Reichstag zu wählen.

Die sozialdemokratische Partei bekämpft den Militarismus als eine vorzugsweise im Dienste der besitzenden Klassen stehende Institution der bürgerlichen Gesellschaft, dessen Baiten in der Hauptsache von der Arbeiterklasse getragen werden müssen.

Die Sozialdemokratie will das Vaterland nicht wehrlos machen, ganz im Gegenteil; an Stelle des stehenden Heeres soll die allgemeine Volkswehr treten; jeder gesunde Mann soll verpflichtet sein, wenn das Vaterland angegriffen wird, den heimischen Herd zu verteidigen. Damit wäre keine Schwächung, sondern eine Stärkung der Wehrkraft verbunden. Allerdings würde eine Volkswehr sich nicht ohne weiteres zu dynastischen Zwecken dienenden Kriegszwecken gebrauchen lassen, nicht ohne weiteres auf Vater und Mutter schießen.

Das ist, in aller Kürze dargestellt, der prinzipielle Standpunkt der Sozialdemokratie. Trotz dieses Gegenjages zum Militarismus ist die sozialdemokratische Partei stets, bei jeder Gelegenheit, besonders in den Parlamenten, für die Soldaten, Reservisten und Landwehrlente, für die Militär-Invaliden und deren Hinterbliebenen eingetreten.

Wenn Soldatenmishandlungen nicht mehr so häufig vorkommen als in früheren Zeiten, wenn auf Leben und Gesundheit der Soldaten in der Kaserne, beim Dienst, mehr als früher Rücksicht genommen wird, wenn sich die Truppenverpflegung gebessert hat, wenn die Familien der Reservisten und Landwehrlente, die zu Übungen eingezogen werden, unterstützt werden, wenn von Jahr zu Jahr höhere Summen für Unterstützung erwerbsunfähiger Militär-Invaliden bewilligt wurden, so ist das fast ausschließlich oder zum größten Teil auf das Drängen, auf Anregungen und Anträge der Sozialdemokraten im Reichstage zurückzuführen. Sie haben sozialdemokratische Abgeordnete sich gegen die Besserstellung der Soldaten, der Veteranen, der Militär-In-

validen ausgesprochen. Häufig aber haben sich die bürgerlichen Parteien und besonders die Regierung gegen höhere Ausgaben dieser Art gewehrt.

Seit langer Zeit führt die sozialdemokratische Presse einen systematischen Kampf gegen die Soldatenmishandlungen in den Kasernen. Duzende von Redakteuren der sozialdemokratischen Presse mußten ins Gefängnis wandern oder wurden mit hohen Geldstrafen belegt, wenn, in Folge der Zurückhaltung eingeschüchterter Zeugen, bei militärischen Prozessen nicht das Tüpfelchen über dem *i* bewiesen werden konnte.

Im deutschen Reichstage eröffnete Abgeordneter *Bebel* durch eine Rede am 13. März 1891 den Kampf gegen die Soldatenmishandlung, mit der unmittelbar praktischen Folge, daß verschiedene Militärerkasse gegen die Mishandlungen von Soldaten erschienen. So der Erlaß des sächsischen Königs und Generals *Georg* am 30. Januar 1892 und *Camille* anderer Befehlshaber der Armee. Seitdem hat sich die sozialdemokratische Kritik mit noch größerem Nachdruck und unausgesetzt gegen diese dunkle Seite des Militarismus gewendet. Was haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Parlamenten gegen diese Mißstände getan? Sie haben versucht, die Beschwerden der Sozialdemokraten abzuschwächen, die Militärverwaltung in Schutz zu nehmen. Und die bürgerliche Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, schweigt die Soldatenmishandlungen ist.

Wie ist es mit der Schadloshaltung der Opfer des Militarismus! Vom Beginn des deutschen Reiches bis auf den heutigen Tag war es vornehmlich die Sozialdemokratie, die sich diese Angelegenheit hat. Der sozialdemokratische Abgeordnete *Hase* am 12. März 1871, als man den deutschen Heerführern 12 Millionen Mark Dotation aus der Kriegsentädigung der Franzosen bewilligte, auch an die Reservisten und Landwehrlente, die den Feldzug mitgemacht haben, erinnerte, so daß der Reichstag nicht umhin konnte, die gleiche Summe zur Beihilfe für Reservisten und Landwehrlente zu genehmigen.

Die Forderung der erwerbsunfähigen Militärinvaliden, die keinen Rechtsanspruch an den Reichsinvalidenfonds haben, wurden bei jeder Beratung des Militäretats von den sozialdemokratischen Rednern zur Sprache gebracht. Aber erst zu dem Budget 1894/95 legte die Regierung einen Gesegentwurf vor, der jährlich 1,800,000 Mark für Unterstützung „dauernd gänzlich erwerbsunfähiger“ Kriegsteilnehmer, die sich „in unterstützungsbedürftiger Lage“ befinden, versprach. Es waren Jahresbeihilfen von 120 Mark befürwortet.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, die Beihilfe auf 360 Mark zu erhöhen und verschiedene Einschränkungen für den Bezug (andere Pensionen, Zuwendungen usw.) fallen zu lassen. Der sozialdemokratische Antrag wurde von der Mehrheit des Reichstags und der Regierung abgelehnt. Aber selbst die Unterstützung von 120 Mark wurde nicht allen Hilfsbedürftigen zu teil; im Jahre 1898 lagen 23,094 Unterstützungsanträge vor, die wegen Mangel an Mitteln nicht berücksichtigt werden konnten. Jahr für Jahr mußte die Regierung gedrängt werden, höhere Summen für Unterstützung erwerbsunfähiger Militärinvaliden in den Etat einzusetzen. Alle dahingehenden Anträge und Anregungen wurden von den sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützt, die Regierung sträubte sich immer dagegen.

In den letzten Jahren hat der konservative Abgeordnete *Nißler* wiederholt beantragt, allen unterstützungsbedürftigen Kriegsinvaliden die längliche Unterstützung von 120 Mark zu teil werden zu lassen. Der Freunde des Antrages wurden immer weniger. Bei seinem letzten Versuch ließen *Nißler*

sogar die Konservativen im Stich, während die National-liberalen von „Ammagung und Begehrlichkeit“ der Kriegsinvaliden redeten. Die Sozialdemokraten aber stimmten geschlossen für den Antrag *Nißler*.

Für die Unterstützung der Familien der zu Übungen eingezogenen Mannschaften war die Sozialdemokratie das treibende Element. Bei der Budgetberatung 1885/86 stellte der sozialdemokratische Abgeordnete *Harm* den Antrag:

Die verblüdeten Regierungen zu ersuchen, halbmonatlich dem Reichstage einen Gesegentwurf vorzulegen, welcher die Unterstützung der Familien der zu Übungen einberufenen Reservisten und Landwehrlente regelt.

Der Reichstag genehmigte diesen Antrag. Aber erst 1890/91 kam die Regierung dem Wunsche nach. Im Gesegentwurf der Regierung war für die Frau des Einberufenen eine Unterstützung von 20 Pf. in den Wintermonaten 30 Pf. pro Tag und für jede weitere unterstützungsberechtigte Person 10 Pf. pro Tag angesetzt. Die sozialdemokratischen Mitglieder beantragten in der Kommission, daß für die Unterstützungen der ortsübliche Tagelohn maßgebend sein soll. Kommission und Plenum des Reichstages stimmten dem sozialdemokratischen Antrage zu, infolgedessen erhält jetzt die Frau des Einberufenen für sich 30 Prozent und für jedes Kind 10 Prozent, bis zu 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes, für die ganze Dauer der Übung.

Besonders dringlich erschien die Neuregelung der Bezüge der eigentlichen Militärinvaliden, der hinterlassenen Witwen und Weisen, da alle diese Pensionen und Unterstützungen aufgrund der Lebensverhältnisse von 1870/71 bemessen sind, während zur Zeit die Preise der Lebensmittel, der Wohnungsmieten, der ganzen Lebenshaltung viel höher sind als vor mehr als 30 Jahren. Die Sozialdemokratie stimmte allen dahingehenden Anträgen zu. Der sozialdemokratische Fraktionsredner, Abgeordneter *Singer*, führte am 16. April 1901 aus:

Ich brauche nicht noch einmal besonders zu betonen, daß wir auf diesem Gebiete mit den übrigen Parteien vollständig Hand in Hand gehen. Das diejenigen, die ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt haben, wenn sie infolge dieser Kriege erwerbsunfähig werden, gebührend versorgt werden, darüber herrscht volle Einigkeit in allen politischen Parteien, und es würde nach meiner Meinung höchst überflüssig sein, wenn ich für meine Partei diese Notwendigkeit noch besonders schärf betonen würde.

Dies gegenüber den Aufrufen der Kriegervereine, welche den Mitgliedern empfehlen, bei den Reichstagswahlen keinen Sozialdemokraten zu wählen.

Wenn es diesem Blatte darum zu tun wäre, die Interessen der Soldaten, Reservisten und Landwehrlente, der Veteranen und erwerbsunfähigen Kriegsteilnehmer sowie der Hinterbliebenen verbitterter Festungsteilnehmer wahrzunehmen, dann müßte das Organ der Militärvereine wünschen, daß recht viele Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt werden.

Wir sind nicht beunruhigt über den Erfolg, den die Militärvereinsflugblätter bei den Wahlen erzielen wird. Die Mitglieder der Veteranen- und Militärvereine sind zu neun Zehntel Arbeiter, deren wirtschaftliche Interessen nur von den Sozialdemokraten vertreten werden. Schon an diesem Umstand wird die Gege gegen die Sozialdemokratie sichtlich.

Aber feststellen wollen wir doch einmal, daß auch die übrigen Interessen der Soldaten und Invaliden am wirksamsten von der Sozialdemokratie zur Geltung gebracht werden.

Die Beteiligten mögen daraus die Konsequenzen ziehen.

Politische Uebersicht.

Wilhelm II. und Bürgermeister Jensen.

Ueber die Begegnung, die der deutsche Kaiser in Kopenhagen mit einem hervorragenden Führer der Sozialdemokratie hatte, bringt das liberale Blatt „Politiken“ folgende Mitteilung:

„Die Kronprinzessin war unermüdet, diejenigen zu finden, die sich nicht selbst in den Vordergrund drängen. Allgemeines Aufsehen erweckte es, als sie mit dem Bürgermeister Jensen zum Kaiser kam und ihn bat, den neuen Bürgermeister zu begrüßen. Der Kaiser begrüßte Jensen und sprach lange und freundlich mit ihm über das neue Rathaus und dessen Architektur.“

Es sind also nicht politische Fragen gewesen, über die die beiden unterhielten; jedenfalls hätte unser Parteiprofite dem Kaiser nicht minder gute Auskunft über die benannten politischen Verhältnisse Dänemarks geben können. Das sozialdemokratische Organ der dänischen Hauptstadt wendet zu dem Vorgang:

„Das muß eine ganz eigentümliche Zusammenkunft gewesen sein zwischen dem Monarchen, der sich sogar gewiegert hat, die eines liberalen Bürgermeisters für Berlin zu bestätigen.“

und dem dänischen Sozialdemokraten, dem Unbedeutendsten und Unbefähigsten, der seine verantwortungsvolle und einflußreiche Stellung lediglich dem Vertrauen der Bevölkerung der Stadt verdankt. Der deutsche Kaiser hat die schönsten Worte gegen die Sozialdemokraten gesprochen. Nun stand er Angesicht zu Angesicht einem sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber, der mehr als ein Mal an den Kongressen der deutschen Arbeiter aufgenommen hat und fortgesetzt als Sozialdemokrat für den Fortschritt und Segen des internationalen Sozialismus wirkt, trotz aller Monarchen. Welche persönlichen Gefühle die beiden Männer gegen einander hegen, das ist nicht zu tun mit der gegenwärtigen Präsentation bei dieser Gelegenheit. Wilhelm II. ist hier als Oberhaupt des Deutschen Reiches, J. Jensen war eingeladen als Repräsentant der dänischen Hauptstadt, die ebenso wie unser ganzes Land auf das höchste interessiert ist an einem beständigen sich verbessernden Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark. Als dänische Staatsbürger und als Antimilitaristen freuen wir uns darüber, daß der deutsche Kaiser Besuch in Kopenhagen diesmal — im Gegensatz zu seinem letzten Besuch im Jahre 1888 — ohne irgendwelche antideutsche Demonstration verlaufen ist. Dazu hat der Geist, den die Sozialdemokratie in der Kopenhagener Bevölkerung verbreitet hat, ungewißhaft beigetragen, und wir wissen, daß das seitens der verantwortlichen Kreise in Kopenhagen und Staat verstanden wird.“

Die Art, in der sich „Sozialdemokraten“ über den Besuch des deutschen Kaisers ausspricht, erklärt sich aus den Besonderen, von den deutlichen abweichenden Zuständen in Dänemark. Unter den dänischen Verhältnissen bedeutet die Fürsorge für den ruhigen Verlauf des Kaiserbesuches ein Entgegenstehen gegen den Chauvinismus und den Militarismus. Auch ist wohl zu verstehen, daß die Sozialdemokratie in monarchischen Dingen eine sehr ruhige Sprache führt, wenn die Monarchie ihres Landes sich der freien und friedlichen Entfaltung der Arbeiterbewegung nicht irgendwie in den Weg wirft.

Die Nationalliberalen in eigener Verantwortung.

Im 10. sächsischen Kreise *Döbeln-Neubau* ist bekanntlich das Kartell aller antisozialistischen Parteien nicht zustande gekommen; es wird in antisemitisch-konfessionell-bürokratischer Randsache in nationalliberaler Aufstellung in dieser Angelegenheit der Vorstand des national-

liberalen Vereins in diesem Kreise eine Erklärung. In der es heißt:

Wir halten die Aufstellung eines dritten Kandidaten für dringend nötig, nachdem die Verhandlungen im Reichstagsrat...

Dabei stehen die Rationalliberalen im ganzen übrigen Sachsen im Kartell mit Bündlern, Reformern und Konfessionellen...

Eine grausame Enttäuschung für die Garropatrioten. Die gegnerische Presse war ganz entzückt, daß 458 ältere Glasmacher sich für ihre von der 'Sächsischen Arbeiter-Zeitung'...

In Döhlen, wo ein großer Teil der 458 Glasmacher wohnt, die 'freiwillig' die Erklärung gegen die 111 Sozialdemokratischen...

Man sieht also, wie rasend schnell sich die 'Arbeiter von der Sozialdemokratie zum alleinigen wahren Unternehmern glauben belehren'!

Wofür kein Geld da ist. Empörende Schul-Verhältnisse scheinen in Lehe, einem Dorfe im Bezirk des Amtes Rehme...

Lehe, 2. April. Schule. In unserer Schule herrschen augenblicklich wieder schlimme Zustände. Die schon einmal im vorigen Sommer...

Derzeit ist das Bauen zum Leidwesen vieler Eltern, die vor der bevorstehenden...

Derfelbe Staat, der jährlich fast tausend Millionen für Meer- und Flottenzwecke verpulvert, hat nicht Geld genug, um Vorkehrungen zu treffen...

* Bismarck als 'Arbeiterfreund'. Da der Wahltermin näher rückt, wird der Bruder Arbeiter von seinen politischen Gegnern wieder liebevoll umworben...

Seltzam. Die 'Stralsunder Zeitung' brachte am 26. März folgendes Inserat:

Auktion. Wegen Buchveränderung beabsichtige ich, den ganzen Bestand meiner unter Kontrolle des Herrn Kreisrichters...

Herr Bandlow ist im Kreise Grimmen die Säule des Bundes der Landwirte.

Er fährt nicht dieser Straße. Die 'Elbinger Zeitung' hatte jüngst die auch von uns wiederholte und sofort angegriffene Notiz gebracht...

Eine Soldatenmishandlung. Aus Chemnitz meldet die 'Sächs. Arbeiter-Zeitung': Der Soldatenmishandlung angeklagt...

Man bemerkt er, daß der Wachmeister von einer anderen Patterle...

Reichstags-Wahlpost.

Kandidaturen der Freisinnigen Volkspartei. Nunmehr sind für die 28 Wahlkreise, die gegenwärtig von der Freisinnigen Volkspartei im Reichstagsrat vertreten werden...

Die Kandidaten für die Neuwahlen sämtlich aufgestellt. Es kandidieren in Tilsit-Niederung Gutsbesitzer und Stadtrat Dultz in Königsberg...

Im 2. Berliner Wahlkreis trägt sich die konservative Partei mit großen Hoffnungen. Der Vorstand des Zentralvereins...

Nur kein Konflikt! Diese Worte Bülow'scher Weisheit scheinen auch für die Reichstagswahl...

Damit ist die Diktatur der Bündler offen proklamiert, heimlich bedauert schon lange.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.

Der Herr Lohse, dann aber Lohse er; 'Halt immer daran, daß meine Demos nicht zerfällt und mit dem nächsten Tage anständig werden...

Sachsens Reich.

Der Herr Lohse, dann aber Lohse er; 'Halt immer daran, daß meine Demos nicht zerfällt und mit dem nächsten Tage anständig werden...

'Bezaubert!' rief die Oberstallmeisterin. 'Schade, daß man sie nicht als Hefe verwenden kann!' Die Staatsrätin sah sie spöttisch von der Seite an...



Feinste weißer Cablian
im Auschnitt jedes Weinstückes Pfund 25 Mk.
Pracht. Sechacht, Bis. 30 Pf.
Schellfisch per Pfund von 30 Pf. an.
Feinste Fisch-Foiettes, ohne Haut, Pfd. 60 Pf.
D. D. F.-G. „Nordsee“
Schmiedebrücke 48,
und Ecke Kaiser Wilhelm- u. Friedrichstr.
(Stadtbahnhofen.) 547

Neu eröffnet!



**Herren-
Anzüge u. Paletots
Damen-Konfektion
Kinderwagen**

Abzahlung

zu unerreicht billigen
Preisen und
staunend geringste Anzahlung.

**Max
Biermann** Ring 51
erste Etage
neben der
Stockgasse.

50,51 50 51 50/51 50:51

S. Hurtig

Breslau, am Kupferschmiedestr. 50 51
part. u. 1. Etage.

Spezial-Herren-Ansattungsmagazin

befindet sich nur an sechs Stellen in der
Schötenhäuser. Auf meine feiner Herren-
Garderobe nach Maß. Anweisung meiner
fertiger eleganter Herren- und Knaben-
Garderobe. Schöne und auch nach
Maß. meine Familien-Garderobeartikel
in großer Auswahl. In allen Größen.
Ziele sind: Eleganz, Zweckmäßigkeit.

Bekannt durch volle Bedienung unter
persönlicher Leitung. In der ersten Etage
beim S. Hurtig, Ring 51, an dem stattlichen
Bauwerk des S. Hurtig.

50 51 50 51 50 51 50 51

Gold sparen
Sie nur beim Einkauf direkt in
der Fabrik
Jedes Herrschaftsauge 10 Mk.
Stoffen 8 Mk.
Eleg. Anzüge nach Maß 18 Mk.
Anzugsfabrik Wallstr. 17A, II.
Nur Sonntag von 11 bis 2 Uhr.

No
für sämtliche Instrum.
grossart. Auswahl, spottb.
zu verkaufen. Antiquariat
Kalkstr. 10, Markt.
1768

Druckabl. „Weltmacht“
Genauheit und das sozial-
demokratische Ver-
halten
Anzahlreiche und so-
zialistische G. Blätter
Paris und Osten des
arbeitsfreundlichen
Zentrums von G. Hoch

Stimmverhältnisse des
Sozialismus und die
Aufgaben der Sozial-
demokratie von Eduard
Bernheim
1. —
0.40
0.10
Prize

Fabriken: Berlin, Breslau, Heilbronn, Viersen.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

Größtes Kaffee-Import-Geschäft Deutschlands
im direkten Verkehr mit den Konsumenten.
Ueber 750 eigene Verkaufsstellen

empfiehlt

Kaffee

geröstet { Gut und kräftig | Verlässliche Haushalt-Mischungen | Feinste Mischungen | Allerfeinste Sorten
70, 80, 90 Pfg. | 100, 120 Pfg. | 140, 160 Pfg. | 180, 200, 210 Pfg.
Parl geröstet, ausgewählte Mischungen,
zu Mk. 0,90, 0,90, 1,- und 1,20 das Pfund.

Kakao

aus eigener Fabrik, garantiert rein, leicht löslich und sehr ergiebig,
los { 1 Pfund 1,50 1,80 2,40 Mk.
1/2 Pfund 80 86 48 Pfg.
in Packeten { 1/4 Pfund 40 50 65 Pfg.
und Dosen { 1/2 „ 80 100 130 „
1/4 „ 120 200 260 „
Hafer-Kakao, lose, das Pfund Mk. 1,-
in 1/2 Pfund-Packeten 50 Pfg.
Eiweiss-Kakao, lose, das Pfund Mk. 1,20
in 1/2 Pfund-Packeten 60 Pfg.

Schokolade

aus eigener Fabrik, garantiert rein Kakao und Zucker,
Vanille-Schokolade in Tafeln von 5 bis 75 Pfg.
ff. Vanille-Schokolade, Napolit. u. Talerform, 1/2 Pfd. 50
Haushalt-Schokolade, garantiert rein, 1/2 Pfd. 18
Speis-Schokolade, garantiert rein, 1/2 Pfd. 20
Entölt Koch-Schokolade, garant. rein, 1/2 Pfd. 50
Milch-Schokolade in Tafeln 10, 25 und 40
Pralinen, Fondants u. a. w. von einfachsten bis zu den feinsten Qualitäten.
Mandel-Schokolade, garantiert rein, 1/2 Pfd. 25 Pfg.
Nuss-Schokolade, garantiert rein, 1/2 Pfd. 40
Crème-Schokolade, garantiert rein, 1/2 Pfd. 30
Napolitain-Schokolade in 1/4 Pfd.-Kart. 50 u. 75
Taler-Schokolade in 1/2 Pfd. Dosen 50
Katzungen mit Gold in 1/4 Pfund-Karton 100
Katzungen ohne Gold in 1/4 Pfund-Karton 75

Tee

neuester Ernte von direktem Import, feine bis hochfeine Mischungen,
los 1 Pfund Mark 1,50 2,- 2,50 3,- 3 50 4,- und 5,- } in { zu 10, 20, 30, 45 bis 200 Pfg.
1/2 Pfund Pfg. 15 20 25 30 35 40 und 50 } Packeten { je nach Qualität und Gewicht.
Ceylon-Tee Mark 1,60 und 2,40 das Pfund, offen und in Packeten.

Biskuits

in stets frischer Ware und grosser Auswahl,
Volks-Biskuits 1/4 Pfd. 10 Pfg.
Kaiser's Van.-Biskuits 15
Kaiser-Mischung II 15
Albert 20
Kolonial 22
Lemi-luse 23
Mixed II 23
Vanille-Bretzeln 25
Leibniz 25
Rosa-Brod 32
Kaiser's Friedrichsderfer Zwieback
Kaiser-Mischung I 1/4 Pfd. 33 Pfg.
Molod I 33
Kolonial mit Schokoladeguss 35
Champagner 43
Makronen 43
Wiener Mischung 44
Waffeln in diversen Sorten 50
Eiweiss-Cakes die Rolle 25
Radfahrer-Cakes 1/4 Pfd. 10
Frühstücks-Cakes das Packet 10
in Packeten von 10 Schnitten 15

Kaffee-Zusätze

aus eigener Fabrik, 437
Kaiser's Salzkafee nur 25 Pfg. das Pfund.
Kaffee-Essenz in Dosen 20 Pfg. Kaffee-Essenz in Tassen, Gläser, Tönnchen 25 Pfg.

Oster

das Stück 5 und 10 Pfg in Schokolade, Marzipan und Zucker.
Dragée - Zucker - Eier
1/4 Pfd. 20 und 25 Pfg.
Verkaufsstellen:
Neumarkt 8
Ring 9
Gartenstrasse 1
Friedr. Wilhelmstr. 58
Reuschstrasse 53
Vorwerksstrasse 57a
Bohrerstrasse 27
K. Osterstrasse 23 25
Hörchenstrasse 57
Gnellsenastrasse 4
Matthiasstrasse 101
Scheitnigerstrasse 19
Moltkestrasse 1.

Eigene Schokolade-Fabrik.

Fortsetzung

des Räumungs-Verkaufs

bei noch bedeutend herabgesetzten Preisen.

Nur erstklassige Waren kommen zum Verkauf.

Schluss am 11. d. Mts., abends 9 Uhr.

Der Verkauf findet nur gegen bar statt.
Umtausch ausgeschlossen.

Lucas Nachf. Fraenkel

Schmiedebrücke 54.

Auf Firma bitte genau zu achten.

Das ca. 65jährige Bestehen garantiert für nur streng reelle Bedienung.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 8. April.

Die Breslauer Gemeindefürsorge haben sich schon mehrfach in Versammlungen und in Petitionen an Betriebsverwaltungen und Magistrat über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse beklagt.

Für die Breslauer Schlicht- und Viehhofarbeiter beträgt der Mindestlohn nur 2.20 Mk. pro Tag. Nach Abzug der Krankenkassen- und Invaliden- und Altersversicherungsbeiträge bleiben da noch 14.92 Mk. pro Woche.

Bezüglich der Entlohnung der Straßenreiniger wurde seiner Zeit bestimmt, daß diesen der ganz ungenügende Satz von 2.50 Mark gegeben werden soll.

auf einen Elektrizitätswert beträgt der Verdienst 24 bis 40 Pfennige pro Stunde. Den Höchstlohn erhalten aber nur besser qualifizierte Arbeiter.

Bei den Kanalarbeitern herrschen ähnliche Zustände. Auch ihnen ist auf ihre feinerzeitige Petition um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kein Bescheid erteilt worden.

Die krassesten Zustände treten aber auch ohne Zweifel in den Gaswerken zu Tage. Die Arbeitszeit beträgt da für Hofarbeiter und Handwerker 10 Stunden.

Die aufreibende Tätigkeit der Feuerhausarbeiter, wie Heizer, Fächer, Enträger, Jäger usw. ist noch auf 12 Stunden täglich bemessen. An Sonntagen findet 24 stündige Wechelschicht statt.

Die aufreibende Tätigkeit der Feuerhausarbeiter, wie Heizer, Fächer, Enträger, Jäger usw. ist noch auf 12 Stunden täglich bemessen. An Sonntagen findet 24 stündige Wechelschicht statt.

Aus aller Welt.

Das Wort Felsbaube eine Beleidigung. Also entschied die dritte Strafkammer zu Köln in der Sitzung vom 2. April d. J., daß er unterwegs mit einem Eßbrot zusammengeknautet sei.

Sammenstoß eines Dampfers mit einem Eisberg. Aus Halifax meldet der Dampfer „Sardinien“ der Allan-Linie unter dem Kommando des Kapitäns J. J. J., daß er unterwegs mit einem Eisberg zusammengeknautet sei.

Die weiße Hure der Berliner kaufmännischen Gesellschaft. Die weiße Hure der Berliner kaufmännischen Gesellschaft, die für die Mitglieder der Gesellschaft besorgt ist, ist in der letzten Zeit sehr beliebt.

Drei Entwürfe sind in kurzer Zeit in Arizona verübt worden, und zwar jedesmal ein Prostituierten. Es hat nun

Pausen ist da fast garnicht zu denken. Aus der größten Hitze von 60 und noch mehr Grad Celsius müssen diese Leute ins Freie, in die Kälte.

Für all diese Mühen und Plagen erhalten die Leute keinen auskömmlichen Lohn, damit sie die am Tage vorher abforderten Kräfte durch genügende Ernährungsmittel wieder ergänzen könnten.

Selbstverständlich wurden diese Leute auch einmal dieser Verhältnisse überdrüssig, und sie wandten sich deshalb gleich den Konstitutions- und Elektrizitätsarbeiten mit einer Eingabe an ihre vorgelegte Behörde.

Ferner klagen die Gasarbeiter noch über inhumane Behandlung auf der Anstalt III. Sie wünschen weiter Erleichterung von Arbeiterausschüssen, die Gewährung eines Sommerurlaubs, bessere Bezahlung der Ueberzeit- und Feiertagsarbeit, sowie Abschaffung der 12stündigen Arbeits- und der 24stündigen Wechelschicht.

* Noch eine polizeiliche Beschlagnahme. Am Charfreitag wird, wie schon bekannt gegeben, Herr G. Tschirn, Sprecher der Breslauer Freireligiösen Gemeinde im Gewerkschaftshause einen Vortrag halten über das Thema: „Hat Christus überhaupt gelebt?“

* Keine Lehrerinnen mehr? Um dem Lehrermangel abzuwehren, haben jetzt, wie bürgerliche Väter feststellen, viele Gemeinden zu dem Mittel gegriffen, Lehrerinnen anzustellen, die zudem den Vorzug haben, sich mit billigerem Gehalt zu begnügen.

Uns erscheint eine solche Abneigung gegen die Verwendung von Frauen als Volkserzieherinnen ganz unverständlich.

ständig. Gewiß mag es auch einmal schlechte Lehrerinnen geben — aber sind denn dagegen alle Lehrer gut?

* Die „Volkswacht“ lesen wollte der Heizer Danbil von der Hubenstraße, als er zum Barbier Marg Haase in der Georgenstraße ging, um seinen äußeren Menschen herrichten zu lassen.

* Der erbprinzliche Korpsbefehl gegen die Soldatenmißhandlungen, von dem wir auszugeweise Mitteilung machten, verpflichtet im weiteren die Rekrutenoffiziere und deren Vorgesetzte zu schärferer Kontrolle des auszubildenden Unteroffizierspersonals.

Auch gegen den Alkohol, besonders gegen den Schnaps genug der Mannschaften, wendet sich ein dieser Tage ergangener Erlaß des Erbprinzen v. Sachsen-Meiningen.

„Im Interesse des Dienstes wie des einzelnen Mannes halte ich es für durchaus notwendig, daß die Mannschaften des Heeres sich über die Gefahren bärter Bekämpfung ausbreiten und sie unübelhaft zu ihrer Dienstleistung machen, sondern auch durch die vorerwähnte Bestimmung ihres Schwerts für ihr ferneres Leben an Gesundheit und Zweckmäßigkeit schwächt.“

den Anstalt, als ob die Ausübung aller drei Morde auf eine und dieselbe Person zurückzuführen ist. In der Nacht zum Freitag wurde eine Prostituierte, die 24-jährige Anna Schmidt aus Danzig in Westfalen ermordet und der Mörder gefaßt.

Über einen Unfall, bei dem ein junger Radfahrer namens Franz Meißner aus Hamburg im Hamburger Vorort Altona schwer verletzt wurde, wird berichtet: Im Laufe der Fahrt überfuhr er mit dem Hinterrad einen Fußgänger, der sich in der Fahrbahn befand.

Eine höchst aufregende Szene spielte sich Sonntag in der Nähe des bekannten Bades „Schmollen“ in Radn (Königsberg) ab.

In New York war am vorigen Freitag, wie dem Pariser „New-York Herald“ gefolgt wird, die Temperatur die bisher höchste des ganzen Jahres, nämlich 22 1/2 Grad Celsius, während sie am darauffolgenden Tage auf 3 1/2 Grad Celsius gefallen war.

Über den Kindersegen der Wiener geben die nächsten Ziffern einer Tabelle Aufschluß, die das Statistische Amt der Stadt Wien über die Geburten im Jahre 1901 veröffentlicht. Danach hat die Wiener Bevölkerung im Jahre 1901 43 700 Kinder erreicht.

Jahre 246 Berliner Frauen ihr eigen nennen, falls nicht der Tod die Zahl gekürzt hätte; gerade ein Tag vor dem 1. April d. J. wurde das 169. Mädchen eingetaucht.

Die polnische Hauptstadt. Die Bevölkerung Warschans bestand nach einer im vorigen Jahre erfolgten Volkszählung der russischen Regierung aus 1 000 000 Personen.

Vor dem Spiegel. In der Wiener Abendpost ist die Geschichte eines Mannes, der als Enkel, Freund, Bräutigam, Vater, Mutter, Vater und Großvater seine Verwandlungen gemacht hat, zu dem Ziele gelangt, eine wichtige Stelle in der russischen Wertschätzung auszufüllen.

Es fehlten die Vertreter der Gemeindefriedenarbeiter, Glas, Walter, ... Die Besetzung des Sekretariats ist ...

Die Aufsichtskommission für das Sekretariat werden ... die Mitglieder ...

Obst, 6. April. Wahlverein. Am 4. April, Abend ...

Obst, 7. April. Große Brände. Drohbrände ...

30. Juni dreijährigweise vom 7. September 1892 sind aber folgende Ausnahmen zugelassen:

Der Handel mit Wein und Reben, mit Fleisch und ... Die Diermontag wird hinsichtlich der Sonntagsruhe ...

Zeltgärten. Am 3. April trat ein vollständig neuer ...

Südtürkischer Arbeitsnachweis. Im südlichen Arbeitsnachweis ...

Böhmischer Unglücksfall. Am 3. d. M. Abends, führte ...

Feuer. Am 6. d. M. Nachmittags, wurde zu gleicher Zeit ...

Feuer. Am 7. d. M. Nachmittags, wurde zu gleicher Zeit ...

Feuer. Am 8. d. M. Nachmittags, wurde zu gleicher Zeit ...

Brennende zu vermeiden zu lassen. Wenn ich auch weiß, daß ...

Die Vergessenen in allen Fällen geeignete Bekämpfer ...

Uchtung! Textilarbeiter! Da die Arbeiter der Firma S. Wölle ...

Wie ein Amtsvorsteher das Vereinsgesetz aufhebt. Die Genossen in Neu-Merzdorf hatten den großen ...

Im Wahlkreis Schweidnitz-Striegau scheint es, wie man der „Tägl. Rundsch.“ schreibt, in den Reihen ...

Wahlkreis Striegau-Schweidnitz-Freiburg. Die Genossen ...

H. Bandach, Kreisvertrauensmann, Striegau, Jagdstraße 2.

Kriegervereine gegen Polen. Der Vorstand des Kreis ...

Oberschlesische Polen. Der Gleiwitzer „Glas ...

„Weil er die sozialen Geschichten nicht liest!“ In einem ...

Von der „Germanisation“. Mehrere deutsche ...

Vom zweiten ober-schlesischen Grabenunglück. Von den auf ...

Sonntagsruhe zu Odera. Am Ostermontag ...